

**Gesetz
über die Feststellung des Haushaltsplans
des Landes Nordrhein-Westfalen
für das Haushaltsjahr 1994
(Haushaltsgesetz 1994)
und zur Änderung des Fünften Gesetzes
zur Änderung des Besoldungsgesetzes
für das Land Nordrhein-Westfalen
- 5. ÄndL.BesG -
Vom 15. Dezember 1993**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Artikel I

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans
des Landes Nordrhein-Westfalen
für das Haushaltsjahr 1994
(Haushaltsgesetz 1994)**

§ 1

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1994 wird in Einnahme und Ausgabe auf 82811542500 Deutsche Mark festgestellt.

§ 2

(1) Das Finanzministerium wird ermächtigt, zur Deckung der Ausgaben des Haushaltsplans 1994 Kreditmittel bis zum Höchstbetrag von 7297901000 DM aufzunehmen. Der Zeitpunkt der Kreditaufnahme ist nach der Kassenlage, den jeweiligen Kapitalmarktverhältnissen und den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen zu bestimmen. Zur Deckung von Haushaltsausgaben dienen auch Einnahmen aus Kreditrahmenverträgen mit einer Laufzeit von einem Jahr und länger.

(2) Dem Kreditrahmen nach Absatz 1 wachsen die Beträge zur Tilgung von im Haushaltsjahr 1994 fällig werdenden Krediten zu, deren Höhe sich aus Nr. 421 der Finanzierungsübersicht ergibt. Außerdem darf das Finanzministerium über die Ermächtigung nach Absatz 1 hinaus Kredite aufnehmen

- a) zur Anschlußfinanzierung vorzeitig getilgter Darlehen,
- b) zum Ankauf von Schuldtiteln des Landes im Wege der Kurspflege bis zu 10 vom Hundert des Betrages der umlaufenden Landesanleihen, Landesobligationen und Landesschatzanweisungen, dessen Höhe sich aus dem jeweils letzten Bericht des Finanzministeriums über die im Landesschuldbuch vorgenommenen Eintragungen gemäß § 4 Abs. 2 des Gesetzes über die Errichtung eines Landesschuldbuches für Nordrhein-Westfalen vom 5. November 1948 (GS. NW. S. 639) ergibt.

(3) Die Kreditermächtigung nach Absatz 1 erhöht sich ferner insoweit, als die Darlehen aus Mitteln des Bundes, des Lastenausgleichsfonds, des ERP-Sondervermögens, der Bundesanstalt für Arbeit und sonstiger Stellen die im Haushaltsplan veranschlagten Beträge überschreiten.

(4) Im Rahmen der Kreditfinanzierung kann das Finanzministerium auch ergänzende Vereinbarungen treffen, die der Steuerung von Zinsänderungsrisiken sowie der Erzielung günstiger Konditionen und ähnlichen Zwecken bei neuen Krediten und bestehenden Schulden dienen.

§ 3

(1) Das Finanzministerium wird ermächtigt, Bürgschaften für Kredite an die Wirtschaft und die freien Berufe sowie die Land- und Forstwirtschaft bis zu 2000000000 DM zu übernehmen.

(2) Zur Übernahme von Bürgschaften aufgrund der Ermächtigung in Absatz 1 bedarf es der Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags; sie gilt für Ausfallbürgschaften im Rahmen der vom Haushalts- und Finanzausschuß des Landtags gebilligten Bürgschaftsrichtlinien des Landes Nordrhein-Westfalen für die Wirtschaft und die freien Berufe sowie die Land- und Forstwirtschaft - RdErl. v. 11. 8. 1988 (SMBI. NW. 651) - als allgemein erteilt.

Der Haushalts- und Finanzausschuß des Landtags ist zu informieren, wenn die Ablehnung eines Bürgschaftsantrags von über 2000000 DM beabsichtigt ist.

(3) Die Bürgschaften in Absatz 1 dürfen nur für Kredite übernommen werden, deren Rückzahlung durch den Schuldner bei normalem wirtschaftlichen Ablauf innerhalb der für den einzelnen Kredit vereinbarten Zahlungs-termine erwartet werden kann. Der Haushalts- und Finanzausschuß des Landtags kann davon Ausnahmen zulassen, insbesondere zur Erhaltung von Arbeitsplätzen oder zur Stützung gewerblicher Unternehmen in strukturschwachen Gebieten. Ausnahmegenehmigungen gelten allgemein als erteilt für neue Bürgschaften zugunsten der Ruhrkohle AG in Höhe erfolgter Tilgungen auf Einbringungs-forderungen und Kredite, die im Rahmen der bisherigen Ermächtigungen verbürgt worden sind.

(4) Das Finanzministerium wird ermächtigt, Rückbürgschaften zugunsten der Bürgschaftsbank Nordrhein-Westfalen GmbH - Kreditgarantiegemeinschaft - bis zu 2000000000 DM zu übernehmen.

(5) Das Finanzministerium wird ermächtigt, Bürgschaften zugunsten der Westdeutschen Landesbank Girozentrale und der Landesbausparkasse gem. § 11 Abs. 2 Wohnungsbauförderungsgesetz für Darlehen zur Wohnungsbauförderung bis zur Höhe von 1000000000 DM zu übernehmen.

§ 4

(1) Das Finanzministerium wird ermächtigt, zugunsten der Forschungszentrum Jülich GmbH eine Gewährleistungsverpflichtung des Landes nach § 14 Abs. 2 des Gesetzes über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren (Atomgesetz) vom 23. Dezember 1959 (BGBl. I S. 814) in der jeweils gültigen Fassung sowie nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 bis 6 der Verordnung über die Deckungsvorsorge nach dem Atomgesetz (Atomrechtliche Deckungsvorsorge-Verordnung) vom 25. Januar 1977 (BGBl. I S. 220) in der jeweils gültigen Fassung bis zu 10 vom Hundert des zur Erfüllung der Deckungsvorsorge festgesetzten Betrages, höchstens jedoch bis zu 1160000000 DM, zu übernehmen.

(2) Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Interesse der Kapitalversorgung mittelständischer Unternehmen Garantien bis zu 1000000000 DM für die Übernahme von Kapitalbeteiligungen zu übernehmen. Diese Garantien können auch als Rückgarantien gegenüber der Bürgschaftsbank Nordrhein-Westfalen GmbH - Kreditgarantiegemeinschaft - übernommen werden.

(3) Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Interesse von örtlichen Beschäftigungsinitiativen und Selbsthilfegruppen Haftungsfreistellungen bis zu einer Gesamthöhe von 300000000 DM zugunsten der Westdeutschen Landesbank (INVESTITIONSBANK NRW - Zentralbereich der WestLB -) zur Haftungsentlastung von Kreditinstituten für die Hergabe von Krediten zu übernehmen.

(4) Das Finanzministerium wird ermächtigt, beim Erwerb von Grundstücken aus Haushaltsmitteln bei Kapitel 15040 Titel 82110 die auf diesen Grundstücken ruhenden Verpflichtungen zur Abdeckung von Bergschäden bis zur Höhe von 500000000 DM zu übernehmen.

(5) Das Kultusministerium wird ermächtigt,

- a) Verpflichtungen zur Abdeckung von Ersatzansprüchen aus der Dauerleihgabe von Kunstwerken an die Stiftung Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen bis zur Höhe von insgesamt 770000000 DM,
- b) Verpflichtungen zur Abdeckung von Ersatzansprüchen aus wechselnden Ausstellungen mit Ausstellungsstücken von privaten und öffentlichen Leihgebern aus dem In- und Ausland bei der Stiftung Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen bis zur Höhe von insgesamt 600000000 DM

zu übernehmen.

(6) Das Finanzministerium wird ermächtigt, der Hilfskasse des Landtags Nordrhein-Westfalen eine Schuldbuchforderung bis zur Höhe der Gesamtforderung an das Land einzuräumen.

(7) Das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium und dem Haushalts- und Finanzaus-

schuß des Landtags für den Zeitraum 1995 bis 1998 Verpflichtungen für Zuschüsse an Unternehmen des deutschen Steinkohlenbergbaus zur Erleichterung des Absatzes von Kohle und Koks an die Stahlindustrie bis zur Höhe eines Drittels der vorgesehenen Hilfen einzugehen.

(8) Das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie wird ermächtigt, für das Jahr 1994 Garantien bis zur Höhe von insgesamt 70 000 000 DM zur Sicherstellung der Finanzierung im Zusammenhang mit Liefergeschäften nordrhein-westfälischer Bergbauzulieferer nach Polen in analoger Anwendung der Vorschriften des Merkblattes für vom Land Nordrhein-Westfalen zu verbürgende Kredite zur Teilfinanzierung von Joint-ventures in Polen, Ungarn und der CSFR zu übernehmen.

(9) Das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium und dem Haushalts- und Finanzausschuß des Landtags für die Jahre 1995 und 1996 Verpflichtungen für Zuschüsse an Unternehmen des Deutschen Steinkohlenbergbaus zur Übernahme eines Teils des nicht mehr vom Ausgleichsfonds übernommenen Revierausgleichs sowie des Erschwerniszuschlages bei der Verstromung niederflüchtiger Kohle bis zur Höhe eines Drittels der vorgesehenen Hilfen einzugehen.

(10) Das Ministerium für Bauen und Wohnen wird ermächtigt, mit Einwilligung des Finanzministeriums gegenüber der Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes Nordrhein-Westfalen die Verpflichtung zur Bereitstellung von Haushaltsmitteln einzugehen, soweit die für aufzunehmende Darlehen zu entrichtenden Zinsen die Zinseinnahmen der Wohnungsbauförderungsanstalt übersteigen (negativer Zinssaldo - § 21 Abs. 4 Satz 1 des Wohnungsbauförderungsgesetzes in der Fassung vom 18. Dezember 1991 - GV. NW. S. 561).

(11) Das Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium bereits gewährte Darlehen bis zur Höhe von 18 600 000 DM zur Umwandlung in Eigenkapital der Flughafen Köln/Bonn GmbH in Anspruch zu nehmen.

(12) Das Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr wird ermächtigt, die Stammanteile des Landes an der Flughafen Köln/Bonn GmbH und an der Flughafen Düsseldorf GmbH als Sacheinlage des Landes in die noch zu gründende Holding-GmbH der Flughäfen Köln/Bonn GmbH und Düsseldorf GmbH gegen Erwerb von neuen Stammeinlagen im Zuge einer Kapitalerhöhung der Holding-GmbH einzubringen.

(13) Das Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr wird ermächtigt, die von der noch zu gründenden Holding-GmbH der Flughäfen Düsseldorf GmbH und der Flughafen Köln/Bonn GmbH im Jahr 1993 und in den Folgejahren ausgeschütteten Gewinnanteile einschließlich der zurückerstatteten Kapitalertragsteuer zur Finanzierung von Investitionen bei den Tochtergesellschaften der Holding-GmbH der Flughäfen Düsseldorf GmbH und der Flughafen Köln/Bonn GmbH durch Gewährung von Gesellschafterdarlehen, durch Zuführung zur Kapitalrücklage oder durch sonstige Maßnahmen wieder zur Verfügung zu stellen.

§ 5

Das Finanzministerium wird ermächtigt, Kassenverstärkungskredite bis zur Höhe von acht vom Hundert des in § 1 festgestellten Betrages aufzunehmen.

§ 6

(1) Mit Einwilligung des Finanzministeriums sind innerhalb der einzelnen Kapitel die veranschlagten Ausgaben aller Titel der Gruppen 511 bis 527 und 546 der sächlichen Verwaltungsausgaben gegenseitig deckungsfähig.

(2) Der gemäß § 37 Abs. 1 Satz 2 der Landeshaushaltsordnung zu bestimmende Betrag wird auf 10 000 000 DM festgesetzt, für Verpflichtungsermächtigungen (§ 38 Abs. 1 Satz 2 der Landeshaushaltsordnung) als Jahresbetrag.

(3) Das Finanzministerium kann zulassen, Bauland (§ 89 des II. Wohnungsbaugesetzes) für den sozialen Wohnungsbau bis zu 50 vom Hundert unter dem vollen Wert zu veräußern, wenn sichergestellt ist, daß innerhalb von 3 Jahren seit Abschluß des Kaufvertrages der Baubeginn erfolgt und der gemäß § 3 WobindG zuständigen Stelle dauerhaft

das Recht eingeräumt wird, für alle Vermietungsfälle ab der Zeit der Bezugsfertigstellung die Mieter für die erstellten Wohnungen zu benennen und der Bauherr sich verpflichtet, mit den benannten Wohnungssuchenden Mietverträge abzuschließen. Das Besetzungsrecht ist durch die Eintragung einer Dienstbarkeit im Grundbuch zu sichern. Der Wert der Grundstücke ist durch die zuständigen Gutachterausschüsse zu ermitteln. Das Finanzministerium kann ferner zulassen, daß unbebaute und bebaute landeseigene Grundstücke den Studentenwerken - Anstalten des öffentlichen Rechts - zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben unentgeltlich übereignet werden. Unterbleibt die Verwendung für den genannten Zweck, so ist das Eigentum an den Grundstücken zum Einstandspreis auf das Land zurückzuübertragen. Vorstehende Bestimmungen gelten sinngemäß auch für die Bestellung von Erbbau-rechten und das Überlassen von Nutzungsrechten.

(4) Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 LHO wird zugelassen, der Kaufpreisbildung für landeseigene Mehrfamilienhäuser bei der Veräußerung an Gebietskörperschaften und von diesen getragene Wohnungsbaugesellschaften den in der Belegenheitsgemeinde für gleichartigen Wohnraum üblichen Mietzins für den öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau zugrunde zu legen, wenn die Wohnungen für die Dauer von mindestens 20 Jahren zu einem entsprechenden Mietzins an Wohnberechtigte im Sinne des § 5 Wohnungsbindingsgesetz vermietet werden.

Landeseigene Einfamilienhäuser mit Wohnflächen innerhalb der Grenzen des Sozialen Wohnungsbaus sind im Falle ihres Verkaufes in erster Linie an Bewerber mit Einkommen unter der Grenze des § 25 II. WoBauG, hilfsweise an Bewerber mit Einkommen bis zu 60 vom Hundert über der Grenze des § 25 II. WoBauG zu veräußern; dabei wird nach § 63 Abs. 3 Satz 2 LHO zugelassen, daß Bewerbern mit Einkommen unter der Grenze des § 25 II. WoBauG ein Preisnachlaß bis zu 20 vom Hundert des vollen Wertes eingeräumt wird.

(5) Die für den Ausbau von Wasserstraßen des westdeutschen Kanalnetzes des Bundes und der Weststrecke des Mittellandkanals benötigten Grundstücke sind aufgrund der zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Nordrhein-Westfalen getroffenen Regierungsabkommen dem Bund unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

(6) Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 der Landeshaushaltsordnung wird zugelassen, daß vom Land entwickelte oder in dessen Auftrag erstellte ADV-Betriebs- und Anwenderprogramme (Software) unentgeltlich an juristische Personen des öffentlichen Rechts abgegeben werden, soweit Gegenseitigkeit besteht. Vertragliche Sondervereinbarungen im Rahmen einer Verbundentwicklung bleiben hiervon unberührt.

(7) Soweit der Bund einzelne Maßnahmen von der Förderung ausschließt oder vom Bund genehmigte Projekte nicht realisiert werden, kann das Finanzministerium aufgrund des Gesetzes zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftskraft in den Ländern (Strukturhilfegesetz) vom 20. Dezember 1988 (BGBl. I S. 2358) veranschlagte Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für andere förderungsfähige Zwecke umsetzen. Nach § 38 Abs. 1 der Landeshaushaltsordnung wird zugelassen, daß Bewilligungen für Strukturhilfemaßnahmen mit Fälligkeiten in künftigen Haushaltsjahren aus den übertragenen Ausgaberechten ausgesprochen werden.

(8) Abweichend von § 45 Abs. 3 Satz 2 der Landeshaushaltsordnung wird zugelassen, Mittel aus der allgemeinen Rücklage (Kapitel 20 610 Titel 352 00) bis zur Höhe von insgesamt 100 000 000 DM zur Deckung von Haushaltsausgaberechten bei Kapitel 06 021, bei Kapitel 08 020 Titelgruppe 75, bei Kapitel 08 030 Titel 891 15, 891 17, Titelgruppe 83 und Titelgruppe 85 und bei Kapitel 08 021 Titel 891 76 zu entnehmen.

(9) Überplanmäßige Ausgaben für Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten dürfen abweichend von § 37 Abs. 2 der Landeshaushaltsordnung nach vorheriger Abstimmung zwischen den beteiligten Ministerien und dem Ministerium für Bauen und Wohnen mit Einwilligung des Finanzministeriums in der Höhe ausgeglichen werden, in der bei veranschlagten Ausgaben für andere Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten in allen Einzelplänen kassenmäßige Minderausgaben entstehen.

(10) Einnahmen aus der Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten sind einem Sondervermögen (Grundstock) zuzuführen, das vom Finanzministerium verwaltet wird. Die Mittel des Grundstocks dürfen nur zum Erwerb von Vermögensgegenständen der in Satz 1 genannten Art verwendet werden.

(11) Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Ministerium für Bauen und Wohnen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen, die für Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Teilbeträge) in der Hauptgruppe 7 oder der Gruppe 891 veranschlagt sind, zu einem von ihm einzurichtenden Titel der Gruppe 821 mit der Zweckbestimmung „Maßnahmen zur Deckung des Raumbedarfs des Landes durch Dritte“ im selben Kapitel umzusetzen.

(12) In den einzelnen Kapiteln fließen die Einnahmen aus den von den Hauptfürsorgestellen für die Einrichtung behindertengerechter Arbeitsplätze aus Mitteln der Ausgleichsabgabe gezahlten Zuschüsse den Titeln der Hauptgruppen 5 und 8 zu.

§ 7

(1) Die in den Erläuterungen zu den Titeln der Gruppen 422, 425, 428 und 429 bei den einzelnen Besoldungs-, Vergütungs- und Lohngruppen ausgebrachten Stellen für beamtete Hilfskräfte, Angestellte und Arbeiter sind verbindlich.

Von der Verbindlichkeit sind Stellen für abgeordnete Beamte ausgenommen.

(2) Die nach § 20 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 a in Verbindung mit § 46 der Landeshaushaltsordnung zugelassene Deckungsfähigkeit gilt mit der Maßgabe, daß beamtete Hilfskräfte, Angestellte oder Arbeiter auf unbesetzten Stellen für beamtete Hilfskräfte und Arbeiter auf unbesetzten Stellen für Angestellte geführt werden dürfen, unabhängig davon, in welcher Höhe Ausgabemittel für unbesetzte Planstellen oder unbesetzte andere Stellen zur Verfügung stehen. Darüber hinaus muß die Planstelle oder andere Stelle im Zeitpunkt der Inanspruchnahme durch die beamtete Hilfskraft, den Angestellten oder den Arbeiter gleich- oder höherwertig sein.

(3) Planstellen und Stellen können für Zeiträume, in denen Stelleninhabern vorübergehend keine oder keine vollen Dienstbezüge zu gewähren sind, im Umfang der nicht in Anspruch genommenen Planstellen- oder Stellenanteile für die Beschäftigung von beamteten Hilfskräften und Aushilfskräften in Anspruch genommen werden. Dies gilt unbeschadet der Einrichtung von Leerstellen nach § 7 Abs. 4 Satz 2 dieses Gesetzes auch für die Dauer des Erziehungsurlaubs nach dem Gesetz über die Gewährung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Januar 1992 (BGBl. I S. 68), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juni 1993 (BGBl. I S. 944) und nach der Neufassung der Verordnung über den Erziehungsurlaub für Beamte und Richter im Lande Nordrhein-Westfalen vom 22. Juli 1992 (GV. NW. S. 320). Die vorstehende Regelung gilt nicht für Planstellen und Stellen ohne Besoldungsaufwand und für Planstellen und Stellen, auf denen Beamte, Angestellte oder Arbeiter geführt werden, die innerhalb der Landesverwaltung zu anderen Verwaltungszweigen (Kapiteln) abgeordnet sind oder abgeordnet werden.

(4) Das Finanzministerium wird ermächtigt, für Beamte und Richter, die nach § 85 a Abs. 1 Nr. 2 des Landesbeamtengesetzes (in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Mai 1981 - GV. NW. S. 234 -, zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. Juli 1993 - GV. NW. S. 468 - bzw. § 6 a Abs. 1 Nr. 2 des Landesrichtergesetzes vom 29. März 1988 - GV. NW. S. 217 -, zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. Juli 1993 - GV. NW. S. 468 -) beurlaubt werden, Leerstellen einzurichten, soweit zu einer Neubesetzung der Planstellen und Stellen für beamtete Hilfskräfte ein unabweisbares Bedürfnis besteht. Entsprechendes gilt für Beurlaubungen von Beamten gemäß § 78 b Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 des Landesbeamtengesetzes oder von Richtern gemäß § 8 b Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 des Landesrichtergesetzes und - mit Ausnahme der Schulkapitel 05300 bis 05440 - für Fälle, in denen ein Beamter oder Richter für mindestens ein Jahr Erziehungsurlaub in Anspruch nimmt. In anderen Fällen wird das Finanzministerium ermächtigt, mit Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags Leerstellen einzurichten, sofern ein unabweisbares Be-

dürfnis besteht. Die Vorschriften der Sätze 1 bis 3 gelten für die Einrichtung von Leerstellen für Angestellte und Arbeiter sinngemäß.

(5) Mit Einwilligung des Finanzministeriums und des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags können zusätzliche Stellen für beamtete Hilfskräfte, Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst, Angestellte und Arbeiter eingerichtet werden.

Mit Einwilligung des Finanzministeriums können zur Erfüllung tarifrechtlicher Ansprüche Stellenumwandlungen bei den Stellen für Angestellte und Arbeiter vorgenommen werden.

(6) Das Finanzministerium wird ermächtigt, mit Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags Einstellungszusagen in Anrechnung auf die nächstjährigen Einstellungsermächtigungen bzw. freierwerbenden Ausbildungsstellen im Beruf „Verwaltungsfachangestellte/r“ zu erteilen.

(7) In den einzelnen Kapiteln fließen die Einnahmen aus Zuschüssen für die berufliche Eingliederung Behinderter den Ausgaben bei Titel 427 20 zu.

§ 7 a

(1) Am 1. Januar 1994 freie sowie im Laufe des Haushaltsjahres freiwerdende Planstellen und Stellen dürfen für die Dauer von 12 Monaten nicht besetzt werden.

Bei Stellen, die von der Besetzungssperre nach Satz 1 erfaßt werden, wird die Dauer der abgelaufenen Beförderungs- oder Besetzungssperren angerechnet.

Planstellen und Stellen, die am 1. Januar 1994 frei sind und die ohne die am 2. November 1993 gemäß § 41 LHO verfügte haushaltswirtschaftliche Sperre bis zum 31. Dezember 1993 besetzt worden wären, unterliegen nicht der Besetzungssperre nach Satz 1, 1. Alternative.

Die unter die Besetzungssperre fallenden Planstellen können mit Einwilligung des Finanzministeriums zur Anstellung von Beamten auf Probe nach Ableistung der Probezeit in Anspruch genommen werden, sofern und soweit andere Planstellen nicht zur Verfügung stehen.

Im Bedarfsfalle dürfen mit Einwilligung des Finanzministeriums gesperrte Planstellen oder Stellen für beamtete Hilfskräfte zur Übernahme von geprüften Beamtenanwärtern nach Ableistung des Vorbereitungsdienstes verwendet werden.

Von der Besetzungssperre ausgenommen sind

- a) im Geschäftsbereich des Justizministeriums:
Stellen für Angestellte zur Übernahme von Auszubildenden nach bestandener Abschlußprüfung sowie Planstellen und Stellen im Kapitel 04 050;
- b) im Geschäftsbereich des Justizministeriums und des Innenministeriums:
mit Einwilligung des Finanzministeriums Planstellen und Stellen zur Beschleunigung der Asylverfahren,
- die im Haushaltsplan 1992 bei Kapitel 04 070 und im Haushaltsvollzug 1992 eingerichtet worden sind,
- die im Haushaltsplan 1993 bei Kapitel 07 510 eingerichtet und im Haushaltsvollzug nach Kapitel 03 510 umgesetzt worden sind;
- c) im Geschäftsbereich des Kultusministeriums:
Planstellen und Stellen für Lehrer;
- d) im Geschäftsbereich des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung:
Planstellen und Stellen in den Kapiteln 06 022 und 06 023 (Hochschulsonderprogramm I und II),
Planstellen und Stellen der Medizinischen Einrichtungen, die der Krankenversorgung dienen, sowie Planstellen und Stellen in Lehreinheiten mit erschöpfender Nutzung der Ausbildungskapazität;
- e) im Geschäftsbereich des Landesrechnungshofs:
Planstellen des Präsidenten, des Vizepräsidenten und der anderen Mitglieder des Landesrechnungshofs;
- f) in allen Geschäftsbereichen:
im Haushaltsjahr 1994 neu eingerichtete Planstellen und Stellen,

Planstellen und Stellen der Titelgruppen 78 und 79,
Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst und für Auszubildende in privatrechtlichen Aus-
bildungsverhältnissen,

Stellen, die von Dritten voll finanziert werden,

Planstellen, die mit Beamten i. S. von § 38 des Landes-
beamtengesetzes besetzt werden,

Planstellen der Richter, deren Ernennung aus gerichts-
verfassungsrechtlichen Gründen geboten ist,

Planstellen und Stellen, die mit Schwerbehinderten be-
setzt werden,

Planstellen und Stellen, die aufgrund von Maßnahmen
nach § 78 b oder § 85 a des Landesbeamtengesetzes oder
§ 6 a oder § 6 b des Landesrichtergesetzes oder auf-
grund entsprechender tarifvertraglicher Regelungen
oder bei Erziehungsurlaub von mindestens einem Jahr
frei werden.

In anderen Fällen kann von der Besetzungssperre gegen
gleichwertigen Ausgleich an anderer Stelle bezüglich des
höheren Dienstes die Landesregierung, im übrigen das
Finanzministerium weitere Ausnahmen zulassen, wenn sie
unabweisbar sind. Die Landesregierung kann ihre Befug-
nisse auf das Finanzministerium übertragen.

Darüber hinaus kann von der Besetzungssperre

- in Fällen des Einzelplans 01 die Präsidentin des Land-
tags,
- in Fällen des Einzelplans 13 der Präsident des Landes-
rechnungshofs

weitere Ausnahmen zulassen, wenn sie unabweisbar sind.
Der Haushalts- und Finanzausschuß des Landtags ist ent-
sprechend zu unterrichten.

Sofern eine solche Ausnahme von der Besetzungssperre
zugelassen wird, gilt für die Dauer der Ausnahmeregelung
eine Ersatzbeförderungssperre.

(2) Planstellen, die in den Stellenplänen des Landes-
haushalts bei den Eingangsamtern der jeweiligen Lauf-
bahngruppen als künftig wegfallend bezeichnet sind, kön-
nen mit Einwilligung des Finanzministeriums in Anspruch
genommen werden zur Anstellung von Beamten nach
Ablauf der Probezeit, sofern andere Planstellen nicht zur
Verfügung stehen.

§ 47 Abs. 2 der Landeshaushaltsordnung findet in diesen
Fällen keine Anwendung.

(3) Planstellen, die in den Stellenplänen des Landes-
haushalts als künftig wegfallend bezeichnet sind, können
mit Einwilligung des Finanzministeriums im Umfang der
durch Bewilligung von Teilzeitbeschäftigung und Beurlau-
bung nach § 78 b des Landesbeamtengesetzes bzw. § 6 b des
Landesrichtergesetzes freiwerdenden Stellen in Anspruch
genommen werden

- a) zur Einstellung von Angestellten mit auf höchstens fünf
Jahre befristeten Verträgen,
- b) zur unbefristeten Einstellung dann, wenn bei der Auf-
nahme der Teilzeit- oder Vollzeitbeschäftigung nach
einer Teilzeitbeschäftigung oder Beurlaubung gemäß
§ 78 b des Landesbeamtengesetzes oder § 6 b des Lan-
desrichtergesetzes entsprechende Planstellen zur Ver-
fügung stehen.

§ 47 Abs. 2 der Landeshaushaltsordnung findet in diesen
Fällen keine Anwendung.

(4) Planstellen in den Schulkapiteln 05 300 bis 05 440 ohne
kw-Vermerke können im Umfang der durch Teilzeitbe-
schäftigung und Beurlaubung nach § 85 a und § 78 b des
Landesbeamtengesetzes freiwerdende Stellen zur unbefris-
teten Einstellung dann in Anspruch genommen werden,
wenn bei Aufnahme der Teilzeitbeschäftigung oder Be-
urlaubung gewährleistet ist, daß bei deren Ablauf entspre-
chende Planstellen zur Verfügung stehen. Entsprechendes
gilt für Stellen für Angestellte.

(5) Die in den vorstehenden Absätzen sowie in § 7 ent-
haltenen Regelungen zur Stellenbewirtschaftung gelten
entsprechend für Anstalten des öffentlichen Rechts, an
deren Grundkapital das Land Nordrhein-Westfalen über-
wiegend beteiligt ist.

(6) Vor jeder Inanspruchnahme einer besetzbaren Plan-
stelle oder Stelle ist auch durch Ausschreibung zu prüfen,

ob diese Planstelle oder Stelle mit einem Stelleninhaber
einer mit kw-Vermerken belasteten Verwaltung besetzt
werden kann. Bei Vorliegen der Voraussetzungen ist die-
sem Bediensteten die Stelle zu übertragen.

§ 8

(1) Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für
Zuwendungen im Sinne des § 23 der Landeshaushaltsord-
nung zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines
nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben einer Stelle außer-
halb der Landesverwaltung (institutionelle Förderung)
sind gesperrt, bis der Haushalts- oder Wirtschaftsplan des
Zuwendungsempfängers von der Bewilligungsbehörde ge-
billigt worden ist. Abweichungen von Haushalts- und Wirt-
schaftsplänen, die vom Finanzministerium der Veran-
schlagung der Ausgabe für die Zuwendung zugrunde ge-
legt worden sind, bedürfen vor Aufhebung der Sperre des-
sen Einwilligung.

(2) Für Zuwendungsverfahren, auf die das Sozialgesetz-
buch Teil X anzuwenden ist, gelten die Regelungen der
§§ 49 und 49 a des Verwaltungsverfahrensgesetzes des Lan-
des Nordrhein-Westfalen (VwVfG) entsprechend.

(3) Die in Absatz 1 genannten Zuwendungen zur institu-
tionellen Förderung dürfen nur mit der Auflage bewilligt
werden, daß der Zuwendungsempfänger seine Beschäftig-
ten nicht besserstellt als vergleichbare Arbeitnehmer des
Landes; vorbehaltlich einer abweichenden tarifvertragli-
chen Regelung dürfen keine günstigeren Arbeitsbedingun-
gen vereinbart werden als sie für Arbeitnehmer des Lan-
des jeweils vorgesehen sind. Entsprechendes gilt bei Zu-
wendungen zur Projektförderung, wenn die Gesamtaus-
gaben des Zuwendungsempfängers überwiegend aus Zu-
wendungen der öffentlichen Hand bestritten werden. Das
Finanzministerium kann bei Vorliegen zwingender
Gründe Ausnahmen zulassen.

(4) Bei der Gewährung von Zuwendungen sind die in den
Haushalts- oder Wirtschaftsplänen ausgewiesenen Zahlen
der für die einzelnen Vergütungsgruppen angegebenen
Stellen für verbindlich zu erklären. Außerdem ist den
Zuwendungsempfängern bei der Gewährung der Zuwen-
dungen aufzugeben, entsprechend der für die Landesver-
waltung vorgeschriebenen Stellenbesetzungssperre (§ 7 a
Abs. 1) zu verfahren. Werden Ausgaben oder Verpflich-
tungsermächtigungen für Zuwendungen von mehreren
staatlichen Stellen gewährt, soll zwischen diesen das Ein-
vernehmen über die Verbindlichkeit der Stellenübersicht
und über die Anwendung der Stellenbesetzungssperre
herbeigeführt werden.

§ 9

Das Finanzministerium wird ermächtigt, für Ausgaben
nach § 6 Abs. 2 in Verbindung mit § 14 des Gesetzes zur
Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirt-
schaft vom 8. Juli 1967 (BGBl. I S. 582), zuletzt geändert
durch Artikel 12 des Finanzanpassungsgesetzes vom
30. August 1971 (BGBl. I S. 1426), über den im § 2 die-
ses Gesetzes festgesetzten Höchstbetrag hinaus weitere
Kreditmittel mit einem Erlös bis zum Höchstbetrag von
500 000 000 DM aufzunehmen oder entsprechende Einnah-
mereste zu bilden. Das Finanzministerium kann ferner zu-
lassen, daß Ausgaben nach § 6 Abs. 2 in Verbindung mit
§ 14 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des
Wachstums der Wirtschaft, die bis zum Schluß eines Haus-
haltsjahres nicht geleistet worden sind, als Ausgabereste
auf das nächste Haushaltsjahr übertragen werden.

§ 10

(1) Der Durchschnittsbetrag für die Personalkosten der
hauptamtlich oder hauptberuflich tätigen pädagogischen
Mitarbeiter nach § 20 Abs. 1 des Ersten Gesetzes zur Or-
dnung und Förderung der Weiterbildung im Lande Nord-
rhein-Westfalen (Weiterbildungsgesetz) in der Fassung
der Bekanntmachung vom 7. Mai 1982 (GV. NW. S. 276) wird
auf 57 750 DM, der Durchschnittsbetrag für die Zuweisung
für eine durchgeführte Unterrichtsstunde nach § 20 Abs. 5
Satz 1 des Weiterbildungsgesetzes wird auf 37,50 DM, der
Durchschnittsbetrag für die Zuweisung für einen durchge-
führten Teilnehmertag nach § 20 Abs. 6 Satz 2 des Weiter-
bildungsgesetzes wird auf 30 DM und der Durchschnitts-
betrag für die Zuweisungen bzw. Zuschüsse zu den Teil-
nehmerkosten nach § 26 des Weiterbildungsgesetzes wird

auf 3 DM festgesetzt. Abweichend von Satz 1 können die von den Einrichtungen der Weiterbildung gemäß der Verordnung über die Prüfungen zum nachträglichen Erwerb schulischer Abschlüsse der Sekundarstufe I an Einrichtungen der Weiterbildung vom 13. September 1984 (GV. NW. S. 575) durchgeführten gebührenfreie Lehrgänge zusätzlich gefördert werden an Volkshochschulen mit höchstens 50 DM je hauptamtlich/hauptberuflich durchgeführter Unterrichtsstunde und mit höchstens 7,50 DM je nebenamtlich/nebenberuflich durchgeführter Unterrichtsstunde und an anerkannten Einrichtungen der Weiterbildung mit höchstens 30 DM je hauptamtlich/hauptberuflich durchgeführter Unterrichtsstunde und mit höchstens 4,50 DM je nebenamtlich/nebenberuflich durchgeführter Unterrichtsstunde. In kreisangehörigen Städten und Gemeinden werden im Jahr 1994 gemäß der Verordnung über die Prüfungen zum nachträglichen Erwerb schulischer Abschlüsse der Sekundarstufe I an Einrichtungen der Weiterbildung vom 13. September 1984 (GV. NW. S. 575) neu genehmigte und durchgeführte gebührenfreie Lehrgänge gefördert an Volkshochschulen mit höchstens 45 DM je nebenamtlich/nebenberuflich erteilter Unterrichtsstunde und an anerkannten Einrichtungen der Weiterbildung mit höchstens 27 DM je nebenamtlich/nebenberuflich erteilter Unterrichtsstunde, sofern eine Förderung dieser Unterrichtsstunden gemäß § 20 Abs. 5 und 6 bzw. § 24 Abs. 4 des Weiterbildungsgesetzes nicht in Anspruch genommen wird. Bei der besonderen Förderung nach den Sätzen 2 und 3 wird eine durchschnittliche Kursbelegung mit 20 Teilnehmern zugrunde gelegt.

(2) In Abweichung von § 20 Abs. 1 und 2 sowie § 24 Abs. 2 und 3 in Verbindung mit § 20 Abs. 9 und § 24 Abs. 6 des Weiterbildungsgesetzes erstattet das Land Personalkosten bzw. 60 vom Hundert der Personalkosten für hauptamtlich oder hauptberuflich tätige pädagogische Mitarbeiter nur für die Stellen, die im Jahre 1993 besetzt waren und gefördert wurden. Soweit eine Einrichtung 1993 eine Stelle für einen hauptamtlich oder hauptberuflich tätigen pädagogischen Mitarbeiter besetzt hat, für die 2400 Unterrichtsstunden oder 2000 Teilnehmertage nicht durchgeführt und nicht gefördert wurden, werden Personalkosten weiter erstattet bis zum nächstmöglichen Freiwerden einer geförderten Stelle; im Jahre 1993 besetzte Stellen können wieder besetzt und gefördert werden, wenn je geförderte Stelle 2400 Unterrichtsstunden oder 2000 Teilnehmertage im Jahr durchgeführt werden. Für 1983 bis 1990 anerkannte Einrichtungen können Personalkosten für eine Stelle erstattet werden, wenn 2400 Unterrichtsstunden oder 2000 Teilnehmertage durchgeführt und gefördert werden. Bei Volkshochschulen werden mindestens die Stellen für hauptamtlich oder hauptberuflich tätige pädagogische Mitarbeiter im Rahmen des Mindestangebots gemäß § 20 Abs. 1 des Weiterbildungsgesetzes gefördert. Über Ausnahmen entscheidet das zuständige Fachministerium im Einvernehmen mit dem Finanzministerium.

(3) In Abweichung von § 20 Abs. 5 und 6 und § 24 Abs. 4 in Verbindung mit § 20 Abs. 9 und § 24 Abs. 6 des Weiterbildungsgesetzes erfolgt die Erstattung für durchgeführte und förderungsfähige Unterrichtsstunden und Teilnehmertage nur bis zur Höhe der in 1983 durchgeführten und geförderten Unterrichtsstunden und Teilnehmertage zusätzlich einer Steigerung um 5 vom Hundert. Bei Volkshochschulen wird mindestens das durchgeführte Mindestangebot gefördert. Über Ausnahmen hinsichtlich der Erstattung nach der höchsten Jahresfestsetzung seit 1983 entscheidet das zuständige Fachministerium im Einvernehmen mit dem Finanzministerium. Für bis zum 31. Dezember 1982 anerkannte Einrichtungen, bei denen 1983 weder 2400 Unterrichtsstunden noch 2000 Teilnehmertage gefördert wurden, und für 1983 bis 1990 anerkannte Einrichtungen erfolgt die Erstattung bis zu 2400 förderungsfähigen durchgeführten Unterrichtsstunden oder bis zu 2000 förderungsfähigen durchgeführten Teilnehmertagen zusätzlich einer Steigerung um 5 vom Hundert.

(4) Für die nach dem 31. Dezember 1990 anerkannten Einrichtungen erfolgt im Haushaltsjahr 1994 keine Förderung.

(5) Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die ihren Wohnsitz oder Arbeits- oder Ausbildungsplatz in Brandenburg haben, werden bei der Teilnahme an Lehrveranstaltungen nach dem Weiterbildungsgesetz wie Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Landes Nordrhein-Westfalen behandelt. Entsprechende Veranstaltungen können, wenn dies sachlich erforderlich ist, auch im Land Brandenburg durchgeführt werden.

§ 10 a

(1) Die Jugendämter sind zuständig für die Bewilligung von Zuweisungen und Zuschüssen zur Förderung der offenen Jugendarbeit, soweit nicht die Zuständigkeit der Landesjugendämter nach § 5 der Landschaftsverbandsordnung vom 27. August 1984 (GV. NW. S. 544), geändert am 6. Oktober 1987 (GV. NW. S. 342), gegeben ist. Dies gilt auch für eigene Maßnahmen der Jugendämter.

(2) Die Jugendämter bewirtschaften die hierfür im Haushaltsplan des Landes vorgesehenen Ausgaben nach Maßgabe allgemeiner Weisungen des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Satz 1 gilt entsprechend für die Erhebung der mit der Bewirtschaftung der Ausgaben zusammenhängenden Einnahmen.

§ 11

Das Gesetz über die Errichtung eines Landesschulbuches für Nordrhein-Westfalen vom 5. November 1948 (GS. NW. S. 639) findet mit der Maßgabe Anwendung, daß lediglich Buchschulden in das Landesschulbuch einzutragen sind.

§ 12

Die Vorschriften und Ermächtigungen in § 3 Abs. 1 und 4, § 4, § 7, § 7 a, § 8, § 10 und § 10 a gelten bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes 1995 weiter. Entsprechendes gilt für § 6 Abs. 2.

Artikel III

Das Gesetz tritt am 1. Januar 1994 in Kraft.

Düsseldorf, den 15. Dezember 1993

Die Landesregierung
Nordrhein-Westfalen

(L. S.)

Der Ministerpräsident
Johannes Rau

Der Innenminister
Herbert Schnoor

Der Finanzminister
Heinz Schleußer

Der Justizminister
Rolf Krumsiek

Der Kultusminister
Hans Schwier

Die Ministerin für Wissenschaft
und Forschung

Anke Brunn

Der Minister für Arbeit,
Gesundheit und Soziales

Franz Müntefering

Der Minister für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie

Günther Einert

Der Minister für
Stadtentwicklung und Verkehr
zugleich für den
Minister für Umwelt,
Raumordnung und Landwirtschaft

Franz-Josef Kniola

Die Ministerin für Bauen
und Wohnen

Ilse Brusis

Die Ministerin für die
Gleichstellung von Frau und Mann

Ilse Ridder-Melchers

Der Minister für besondere Aufgaben
und Chef der Staatskanzlei

Wolfgang Clement

**Haushaltsplan
des Landes Nordrhein-Westfalen
für das Haushaltsjahr
1994**

Gesamtplan

Haushaltsübersicht (§ 13 Abs. 4 Nr. 1 LHO)

Finanzierungsübersicht (§ 13 Abs. 4 Nr. 2 LHO)

Kreditfinanzierungsplan (§ 13 Abs. 4 Nr. 3 LHO)

Haushaltsübersicht

Einzelplan	Einnahmen	Einnahmen	Ausgaben	Verpflich- tungsermäch- tigungen	Ausgaben
	1994 (TDM)	1993 (TDM)	1994 (TDM)	1994 (TDM)	1993 (TDM)
01 Landtag	2 824,0	12 901,0	165 172,3	2 300,0	149 613,2
02 Ministerpräsident und Chef der Staatskanzlei	2 497,8	4 710,7	170 919,4	22 955,0	179 046,5
03 Innenministerium	443 866,2	405 600,5	6 385 203,7	226 000,0	5 016 299,9
04 Justizministerium	1 336 154,7	1 306 074,7	3 599 797,9	287 892,0	3 452 967,5
05 Kultusministerium	120 022,8	120 813,4	14 255 920,0	49 913,0	13 907 586,3
06 Ministerium für Wissenschaft und Forschung	1 623 762,8	1 675 843,3	7 744 115,7	325 102,4	7 650 536,4
07 Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales	1 392 212,4	1 370 865,5	6 729 423,1	1 257 240,0	7 580 628,3
08 Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie	378 998,0	571 660,8	2 553 845,5	2 425 861,0	3 157 392,1
09 Ministerium für Bundesangelegenheiten	64,7	64,6	18 458,9	1 800,0	13 500,8
10 Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft	595 912,9	632 924,1	1 804 503,7	669 422,0	1 882 500,8
11 Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann	28,0	28,0	21 868,9	520,0	22 379,1
12 Finanzministerium	238 711,0	226 343,7	2 543 971,6	210 496,0	2 428 850,2
13 Landesrechnungshof	165,6	165,6	18 942,8	0,0	18 495,2
14 Ministerium für Bauen und Wohnen	1 877 630,6	1 902 241,9	3 109 009,5	1 315 714,0	3 110 207,8
15 Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr	1 394 674,8	1 492 377,0	3 084 458,5	1 923 653,0	3 252 114,0
20 Allgemeine Finanzverwaltung	73 404 016,2	69 809 537,0	30 605 931,0	1 016 970,0	27 710 033,7
Zusammen	82 811 542,5	79 532 151,8	82 811 542,5	9 735 838,4	79 532 151,8

Finanzierungsübersicht

	(Mill. DM)
I. Haushaltsvolumen	82 811,5
II. Ermittlung des Finanzierungssaldos	82 687,6
1. Ausgaben (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführung an Rücklagen und für Fehlbeträge aus Vorjahren)	75 580,5
2. Einnahmen (ohne Einnahmen aus Kreditmarktmitteln, Entnahmen aus Rücklagen und Überschüssen aus Vorjahren)	- 7 107,1
3. Finanzierungssaldo	
III. Zusammensetzung des Finanzierungssaldos	
4. Nettoneuverschuldung am Kreditmarkt	
4.1 Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt (brutto)	22 078,5
4.2 Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	15 021,7
4.21 darunter gemäß § 2 Abs. 2 Satz 1 Haushaltsgesetz in Verbindung mit § 12 Abs. 1 Satz 2 Haushaltsgrundsätzegesetz	14 941,5
4.3 Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt	7 056,8
5. Entnahmen aus Rücklagen	94,0
6. Überschüsse aus Vorjahren	0,0
7. Zuführung an Rücklagen	- 43,7
8. Finanzierungssaldo	- 7 107,1
IV. Nachrichtlich	
Ermittlung der Kreditermächtigung für Kreditmarktmittel	
Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt	7 137,0
dazu gemäß § 2 Abs. 2 Satz 1 Haushaltsgesetz in Verbindung mit § 12 Abs. 1 Satz 2 Haushaltsgrundsätzegesetz	14 941,5
dazu gemäß § 2 Abs. 2 Satz 2 Haushaltsgesetz	0,0
Kreditermächtigung	22 078,5

Kreditfinanzierungsplan

	(Mill. DM)
I. Einnahmen aus Krediten	160,9
bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.	22 078,5
vom Kreditmarkt	22 239,4
Zusammen	22 239,4
II. Tilgungsausgaben für Kredite	178,5
bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.	15 021,7
vom Kreditmarkt	15 200,2
Zusammen	15 200,2
III. Netto-Neuverschuldung insgesamt	- 17,6
bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.	7 056,8
am Kreditmarkt	7 039,2
Zusammen	7 039,2